

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Verfassungsschutz**

11. Sitzung  
5. Dezember 2022

Beginn: 14.05 Uhr  
Schluss: 14.20 Uhr  
Vorsitz: Kurt Wansner (CDU)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Welche Erkenntnisse hat der Verfassungsschutz  
zum Salafisten Fayez Kanfash, der Millionen Euro  
Corona-Hilfen durch Subventionsbetrug erlangt hat  
(insbesondere ob und inwieweit seine Strohleute  
ebenfalls der salafistischen Szene zugeordnet werden  
können und ob und in welcher Höhe die Corona-  
Hilfen der salafistischen Szene zugeflossen sind)?**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0021](#)  
VerfSch

**Vorsitzender Kurt Wansner** informiert darüber, dass der Sprecher der CDU-Fraktion, Herr Standfuß, erkrankt sei und er – Redner – diese Funktion für die Sitzung mit übernehme.

**Kurt Wansner** (CDU) betont, seine Fraktion interessiere neben der Frage, wie es zu diesem Betrug gekommen sei, vor allem, ob bekannt sei, wohin die Gelder geflossen seien.

**Staatssekretär Torsten Akmann** (SenInnDS) macht geltend, keine Äußerungen tätigen zu können, da es sich um ein laufendes Strafverfahren handele.

**Holger Krestel** (FDP) bekräftigt, er habe Verständnis dafür, dass sich der Staatssekretär zu den Inhalten des Strafverfahrens nicht äußern könne. Lägen dem Verfassungsschutz, etwa durch eigene Beobachtungen, aber Informationen über die in Rede stehende Person vor, die über den engen Rahmen der strafrechtlichen Ermittlungen hinausgingen? Immerhin geschähen gewisse Dinge in der Öffentlichkeit, und der „Tagesspiegel“ habe am 22. November einen Artikel über den Fall veröffentlicht.

**Kurt Wansner** (CDU) fragt in Anlehnung an seinen Vorredner, wie der Vorlauf gewesen sei, insbesondere, ob der Mann oder die Gruppierung, der er angehöre, im Vorfeld beobachtet worden seien.

**Michael Fischer** (SenInnDS, Abt. II) stellt klar, dass sich der Verfassungsschutz in öffentlicher Sitzung nicht zu Einzelpersonen äußern könne. Er bitte zudem um Verständnis dafür, dass er sich im Rahmen des Ausschusses gegenwärtig generell nicht zu dieser Person äußern wolle, da die Sachverhalte „in sich verwoben“ seien und insoweit ein Bezug zum Ermittlungsverfahren bestehe.

**Vorsitzender Kurt Wansner** hält fest, dass die Besprechung damit abgeschlossen sei. – Gegebenenfalls werde der Fall zu einem späteren Zeitpunkt erneut zur Sprache gebracht.

## Punkt 2 der Tagesordnung

### **Besondere Vorkommnisse**

**Vorsitzender Kurt Wansner** teilt mit, dass die CDU-Fraktion, obgleich etwas verspätet, vorab folgende Frage eingereicht habe:

Welche Erkenntnisse hat der Verfassungsschutz zur Organisation Letzte Generation und anderen „Klimaprotektlern“, insbesondere nach dem Eindringen auf das Flugfeld des BER und dem geplanten Lagebild der Innenminister hierzu?

**Staatssekretär Torsten Akmann** (SenInnDS) erinnert daran, dass der Senat in den vergangenen Sitzungen des Ausschusses bereits ausführlich die Position des Verfassungsschutzes dargelegt habe. Dem sei nichts hinzuzufügen. Nach wie vor sei die Letzte Generation kein Beobachtungsobjekt des Berliner Verfassungsschutzes. – Die Innenminister von Bund und Ländern hätten sich auf ihrer Konferenz in München auf Initiative von Innensenatorin Spranger mit dem Thema befasst und den Beschluss gefasst, ein bundesweites Lagebild zu erstellen, was SenInnDS begrüßt habe.

**Kurt Wansner** (CDU) macht darauf aufmerksam, dass der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes, Stephan Kramer, vor einer Vereinnahmung der Klimaschutzbewegung durch Linksextremisten warne. Zwar sei die Letzte Generation für sich genommen noch keine extremistische Organisation, so Kramer, aber sie werde sicherlich seit vielen Monaten von gewissen Kreisen unterwandert. Auf diese Weise werde versucht, so beschreibe es Kramer, aus der Klima- eine Systemkrise zu machen. Zudem machten sich bei vielen Jugendlichen Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit breit, was zu einer Eskalation der Proteste über das hinaus-

führen könnte, was bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu beobachten gewesen sei. Das müsse, wo es erkannt werde, frühzeitig unterbrochen werden.

**Staatssekretär Torsten Akmann** (SenInnDS) bemerkt, dass er keine Frage vernommen habe. Das Wiedergegebene könne er nicht nachprüfen. Jedenfalls sei Herr Kramer für Thüringen zuständig, nicht aber für Berlin.

**Holger Krestel** (FDP) fragt spontan, ob der Berliner Verfassungsschutz über ähnliche Erkenntnisse wie das Bundesamt für Verfassungsschutz verfüge, das laut einem Bericht des „Spiegel“ vom 2. Dezember insbesondere Unternehmen der kritischen Infrastruktur vor Sabotageakten großen Ausmaßes durch fremde Staaten oder von extremistischer Seite warne. Vor diesem Hintergrund wolle er ferner wissen, ob der Berliner Verfassungsschutz aktiv auf Unternehmen der kritischen Infrastruktur zugehe oder es bei allgemeinen Warnungen belasse.

**Staatssekretär Torsten Akmann** (SenInnDS) antwortet, dass es keine konkreten Erkenntnisse im Sinne der ersten Frage gebe. Eine gewisse Gefahr sehe sein Haus aber sehr wohl und habe das Thema sowohl verfassungsschutz- als auch polizeiseitig im Blick. SenInnDS gehe aktiv auf Unternehmen der kritischen Infrastruktur zu, etwa mittels Sensibilisierungsschreiben.

**Vorsitzender Kurt Wansner** erklärt die Besprechung der besonderen Vorkommnisse, da der Senat keinen weiteren Berichtsbedarf sehe, für abgeschlossen.

### Punkt 3 der Tagesordnung

#### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.